

## **Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt**

**Gesprächsrunde mit den Spitzenkandidaten der Parteien  
zur Kommunal- und Bürgermeisterwahl 2020 in Haltern  
am Mittwoch, 12. August 2020 um 18.00 Uhr im Ratssaal**

- Andreas Stegemann (Bürgermeisterkandidat der CDU)
- Beate Pliete (Bürgermeisterkandidatin der SPD)
- Torsten Dederichs (Bürgermeisterkandidat der FDP)
- Sarah Radas (Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen)
- Ludwig Deitermann (Spitzenkandidat der WGH)

## **Themenschwerpunkte und Fragen des Forums an die Kandidaten und Kandidatinnen:**

# **1**

**Soziales Engagement auf kommunaler Ebene  
für Flüchtlinge, Ausländer und sozial Benachteiligte in der Stadt  
durch Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen  
sowie gemeinsames Bemühen um Integration und Teilhabe**

Der Rat der Stadt Haltern hat sich am 10. Oktober 2019 per einstimmigen Ratsbeschluss zum „sicheren Hafen“ im Rahmen der Seebrücke erklärt. Seither hat sich herausgestellt, dass die zentrale Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber (z.B. in der ZUE in der Nachbarstadt Marl) die bis dahin in Haltern vorbildlich funktionierende Versorgung, Unterbringung, Betreuung sowie Integration und Einbindung der Menschen mit Fluchthintergrund zum Erliegen gebracht hat.

Die Sammelunterkünfte schränken zudem die Bewegungsfreiheit der dort kasernierten Menschen ein und gefährden ihre Gesundheit und erhöhen die Infektionsgefahr, wie sich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gezeigt hat. Das Halterner „Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ und der Asylkreis haben deshalb in einer Protestaktion am 7. Juni 2020 vor Ort die unhaltbare Situation öffentlich verurteilt und in einem offenen Brief an NRW-Ministerpräsident Laschet eine wieder dezentrale Unterbringung gefordert. In Interviews mit Betroffenen vor Ort haben wir über teils unhaltbare bis skandalöse Zustände und Behandlungsweisen erfahren.

Das Profitinteresse der privaten Heimbetreiber der ZUE (z.B. durch das skandalträchtige Essener Unternehmen „European Homecare“) deckt sich nicht mit der Fürsorgepflicht für die Betroffenen und den Bemühungen der Integrationshelfer, sondern führt zu eher menschenunwürdigen Zuständen und Behinderungen der Flüchtlingsbetreuung.

**Zu 1) Wir würden deshalb gerne von den BM-Kandidaten und Parteien in Haltern dabei Unterstützung erfahren, zum erfolgreichen „Halterner Modell“ in Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Flüchtlingsorganisationen, Ehrenamtlichen und der Stadt zurückkehren, um im Rahmen der dezentralen Unterbringung menschenwürdige Verhältnisse und Zukunftsperspektiven für die Betroffenen zu erwirken. Darüber hinaus werben wir für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingskindern aus den griechischen Lagern auch in unserer Stadt. Dazu würden uns Ihre Haltung und ihre politischen Handlungsvorschläge interessieren.**

## 2

### **Wohnraumsituation und sozialer Wohnungsbau in Haltern im Interesse einer ausgewogenen sozialen Bevölkerungsstruktur**

Die Siedlungs- und Wohnungsstruktur in Haltern ist überwiegend durch gehobene Einfamilienhaus-Bebauung geprägt für eine überdurchschnittlich einkommensstarke Mittelschichts-Bevölkerung, so dass sich dies am örtlichen Immobilienmarkt in der Entwicklung der überdurchschnittlich steigenden Miet-, Kauf- und Grundstückspreise widerspiegelt. Diese erweisen sich für Normalbürger mittlerweile als unbezahlbar und lassen stattdessen Grundstücksspekulationen freien Raum. Ferner bewirken sie den Wegzug weniger zahlungskräftiger Halterner Bürger in preisgünstigere Nachbarstädte.

Die Nachfrage nach bezahlbaren Mietwohnungen in Haltern, die hier Mangelware sind, geschweige nach Sozialwohnungen für Inhaber von Wohnberechtigungsscheinen, kann hier kaum befriedigt werden und führt zu sozialen Verwerfungen. Für die gesamtstädtische Bevölkerungsstruktur ist es sozial ungesund, wenn die Wohnqualität nur für eine bestimmte Bevölkerungsschicht gewährleistet ist und keine ausgewogene soziale Durchmischung besteht. Eine solche fördert aber den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt ohne soziale Ausgrenzung.

# Dieser ungesunden Immobilienpreisentwicklung und unausgewogenen Wohnungsmarktentwicklung sollte auch dadurch kommunalpolitisch steuernd entgegengewirkt werden, indem z. B. bei neuen Bauvorhaben und Bebauungsplänen die Grundstücksvergaben und Baugenehmigungen seitens der Stadt von einer Mindestquote anteiliger Mietwohnungen mit sozialem Mietpreisniveau abhängig gemacht werden (siehe erfolgreiche Bestrebungen in anderen Städten). Diese und weitere planerischen Steuerungsmöglichkeiten und Anreize sollte die Stadt bei der Umorientierung ihrer Wohnungsbaupolitik ausschöpfen und die ausschließliche Fixierung auf flächenzehrende freistehende Einfamilienhäuser (oder profitable Luxuswohnböcke) bedarfsgerecht reduzieren, um für alle Bevölkerungsschichten und Wohnformen Entfaltungsmöglichkeiten in der Stadt zu bieten.

Zudem wird vernachlässigt, dass es in der „reichen Stadt Haltern“ eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen gibt, die von (versteckter) Armut und Altersarmut betroffen ist. Zugleich gibt es in Haltern eine große und stetig steigende Zahl überschuldeter Haushalte, wie es im Rahmen der Schuldnerberatung zutage tritt. Oftmals können die Betroffenen dann ihre Mieten oder ihre Raten für die Hauskredite nicht mehr aufbringen und sind auf den Wechsel in preiswerten Wohnraum angewiesen, den sie meist nur außerhalb von Haltern statt in ihrer Heimatstadt finden

**Zu 2) Es gibt also einen dringenden sozialen und wohnungspolitischen Handlungsbedarf in unserer Stadt, zu dem wir gerne die Konzepte und Zielrichtungen der Parteien und Bürgermeisterkandidaten erfahren würden.**

## 3

### **Stärkung der lokalen Demokratie durch Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz**

In der Diskussion über die Weiterentwicklung der Demokratie und mehr Beteiligung und Einbindung der Bürger an vor allem kommunalen politischen Entscheidungen gibt es mittlerweile eine Reihe von Ideen und mancherorts erprobten Praxismodellen, die sich auch auf Haltern übertragen lassen.

In jüngster Zeit wurden vermehrt Bürgerproteste in Haltern laut, z. B..

- bei der Realisierung von großen Wohnbau-Projekten,
- bei der Planung eines Altenheimes in Sythen ohne Berücksichtigung der nachbarschaftlichen Belange
- bei der Errichtung weiterer großer Windkraftanlagen
- bei Planungsvorhaben in Sythen (neue Aussandungen und Event-Arena mit 1000 neuen Parkplätzen am Silbersee II)
- bei der Verkehrslärmentwicklung durch Motorräder.

Darum stellen sich Fragen nach intensiverer und frühzeitiger Bürgerbeteiligung sowie besserer Einbeziehung von nachbarschaftlichen Belangen und mehr Transparenz bei kommunalen Entscheidungsprozessen und Verwaltungsvorgängen.

Beim integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept ISEK für die Innenstadt und mit den begonnen Ortsteilforen zur Dorfentwicklung sind einmalige Bürgerbefragungen und Beteiligungen in Haltern bereits erprobt worden.

Darüber hinaus sollte die Bürgerbeteiligung in unserer Stadt aber dauerhaft intensiviert und verstetigt sowie institutionalisiert werden, um eine ständige bürgerschaftliche Begleitung von laufenden Planungsprozessen und Zielen der Stadtentwicklung und -gestaltung sowie bei der Einbeziehung von Alternativen zu ermöglichen.

Damit könnte Haltern kreisweit eine Vorreiterfunktion einnehmen und in konfliktträchtigen Angelegenheiten zu einem Ausgleich widerstreitender (öffentlicher und privater) Interessen gelangen, um mehr Akzeptanz in der Bürgerschaft zu erzielen. Insbesondere das Modell der „Bürgerräte“ erscheint dazu sehr geeignet.

**Zu 3) Das Halterner „Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ möchte zu diesem Vorschlag gerne die Meinung der BM-Kandidaten und Parteien hören, mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und z.B. die Etablierung und Einrichtung von „Bürgerräten“ zu unterstützen.**

*Funktionsweise: Die Mitglieder der „Bürgerräte“ werden in einem repräsentativen Verfahren anhand des Melderegisters ausgelost und damit temporär ausgewählt. Sie unterstützen und beraten die Politik. Sie tagen öffentlich, sie betrachten und diskutieren ein Problem ausführlich und verfassen dann eine Stellungnahme oder ein Bürgergutachten, das in der Politik und in der Bürgerschaft breit diskutiert werden kann und soll. Konflikte werden dadurch entschärft, Bürger breit beteiligt und politische Entscheidungen breiter abgesichert.“*

Siehe beigefügte Broschüre: „Wie Bürgerräte funktionieren“:

[https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/broschuere\\_buergerrat.pdf](https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/broschuere_buergerrat.pdf)

Faltblatt: „Mehr Demokratie durch Bürgerräte“:

<https://www.buergerrat.de/>

Praxistest September 2019 auf Bundesebene:

<https://www.buergerrat.de/buergerrat/buergerrat-auf-bundesebene/>

Artikel in der Halterner Zeitung vom 29.11.19 „Plötzlich Politiker – Über Bürgerräte in Europa“